



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

19. Wahlperiode - 51. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Mai 2019, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung</b>	<b>4</b>
	Vorlage des Digitalisierungsministeriums Umdruck 19/1981	
<b>2.</b>	<b>Mündlicher Sachstandsbericht des Finanzministeriums zum Projekt KoPers</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Terminplanung im zweiten Halbjahr 2019</b>	<b>9</b>
<b>4.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>10</b>
	Umdruck 19/2263 - Prüfung landwirtschaftlicher Betriebe Umdruck 19/2281 - Ausbau der Kinderbetreuungsplätze Umdruck 19/2284 - Sonderprogramm Hochschulsanierung vertraulicher Umdruck 19/2286 - Steuereinzelfall	
<b>5.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## 1. Gesamtplan 2019 für IT und Digitalisierung

Vorlage des Digitalisierungsministeriums  
[Umdruck 19/1981](#)

Herr Goldschmidt, Staatssekretär im Digitalisierungsministerium, trägt vor, von den im Haushalt 2019 enthaltenen 191 Millionen € seien den Ressorts bereits 154 Millionen € zugewiesen worden. Die großen Projekte wie E-Justice, Umgang mit Cybercrime, KONSENS, Maßnahmen des ZIT, Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und Transparenzgesetzes, Ausstattung der Landespolizei mit Smartphones seien auskömmlich finanziert. Das Zentrale IT-Management sei in Abstimmung mit den Ressorts dabei, die verbleibenden 36,8 Millionen € mit den Anmeldungen der Ressorts im Umfang von 53 Millionen € in Übereinstimmung zu bringen. Von den in Kapitel 16 14 veranschlagten 10 Millionen € für die Umsetzung des Digitalisierungsprogramms seien den Ressorts bereits 6,9 Millionen € zugewiesen worden. Der Staatssekretär schlägt dem Haushaltsgesetzgeber vor, mit Vorlage des Haushaltsentwurfs künftig eine Liste über geplante IT-Maßnahmen zuzuleiten und im Gegenzug den IT-Gesamtplan etwas zu verschlanken.

Auf Fragen von Abg. Dr. Dunckel antwortet er, Grundlage der Digitalisierungsstrategie sei das von der Landesregierung im Juni 2018 beschlossene Digitalisierungsprogramm, das fortgeschrieben werde und in dem man rund 500 Projekte aufgeführt und eine Priorisierung vorgenommen habe; die entsprechende Prioritätenliste werde er dem Ausschuss zuleiten. Ein strategischer Schwerpunkt sei das Thema E-Government, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

Abg. Raudies hält angesichts der Komplexität der Thematik eine enge Verzahnung zwischen Regierung und Parlament für erforderlich. Sie wünscht sich, dass sich die anderen Ausschüsse mit den in ihr Gebiet fallenden IT-Fachanwendungen befassen.

Staatssekretär Goldschmidt und Herr Thomsen, CIO der Landesregierung, sagen zu, den Parlamentsausschüssen bestimmte Schwerpunkte oder Fachanwendungen auf Wunsch jederzeit zu erläutern.

Abg. Plambeck hält es für entscheidend, dass der Haushaltsgesetzgeber wisse, was finanziell auf das Land zukomme.

Auf weitere Fragen von Abg. Dr. Dunckel antwortet Herr Thomsen, den steigenden IT-Anforderungen begegne man personalwirtschaftlich dadurch, dass sich das Land auf strategische und steuernde Aufgaben konzentriere und den Großteil der operativen Aufgaben auf Dienstleister verlagere (Dataport), die Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Entwicklung und Nutzung von Fachverfahren weiter zunehme (Dataportträgerlandverbund) und man verstärkt standardisiert und zentralisiert vorgehe (E-Akte). Zur Wohnraumarbeit gebe es Vereinbarungen mit den Gewerkschaften und Personalräten. Vor Genehmigung eines häuslichen Arbeitsplatzes werde durch eine Begehung überprüft, ob der Arbeitsplatz und die Ausstattung dafür geeignet seien. Grundsätzlich könne jede oder jeder Landesbedienstete mobil arbeiten.

Abg. Raudies bittet die Landesregierung, den Finanzausschuss über die bestehenden Dienstvereinbarungen zur mobilen Arbeit und Wohnraumarbeit zu informieren.

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, zu den Haushaltsberatungen eine Liste der geplanten IT-Maßnahmen vorzulegen. Der Rechnungshof vermisse nach wie vor die Vorlage eines Konsolidierungsplans sowie einer Umsetzungsstrategie und eine Aussage dazu, wie und zulasten welcher anderen Bereiche die geplanten Maßnahmen unter den gegebenen personellen und organisatorischen Voraussetzungen umgesetzt werden sollten.

Zum Stichwort Konsolidierung weist Herr Thomsen darauf hin, dass man in den letzten Jahren dezentrale Aufgaben verstärkt zentralisiert und standardisiert habe (zum Beispiel Data Center Polizei). Noch vorhandene Klein- und Kleinst-IT-Anwendungen (Stichwort „Microsoft Access“) wolle man einer Standardisierung zuführen (OZG-Portal). Damit das Personal effizient eingesetzt werde und Steuerungsaufgaben wahrnehmen könne, müsse es in Richtung Projektmanagement und Changemanagement aus- und fortgebildet werden.

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 19/1981](#) zur Kenntnis und bittet die anderen Ausschüsse, sich mit den in ihr Aufgabengebiet fallenden Fachanwendungen zu befassen.

## 2. Mündlicher Sachstandsbericht des Finanzministeriums zum Projekt KoPers

Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider berichtet, es sei in den letzten Monaten gelungen, die Abrechnung der über 100.000 Zahlfälle zu stabilisieren; die Laufzeit des Monatsabschlusses habe von 160 Stunden im Herbst 2018 auf jetzt 40 bis 45 Stunden gesenkt werden können; die Systemverfügbarkeit habe sich deutlich verbessert und betrage etwa 98 %. Die Maßnahmen zur Stabilisierung und Optimierung der Produktion wolle man im Rahmen des Projektformats bis Ende des Jahres fortsetzen. Die Staatssekretärin weist darauf hin, dass es derzeit ein Schnittstellenproblem zur VBL gebe, das dazu führe, dass die Zusatzversorgung nicht in allen Fällen bescheinigt werden könne und gezahlt werde.

Die Höhe der Arbeitsrückstände im DLZP habe sich von rund 7.000 Vorgängen, die nicht rechtzeitig zum Monatsabschluss hätten bearbeitet werden können, auf 3.700 halbiert. Verspätete Zahlungen seien in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die AP-Vordrucke nicht rechtzeitig vorlägen.

Im Folgenden kündigt die Staatssekretärin die nächsten „Meilensteine“ an: Den neuen Tarifabschluss für Tarifbeschäftigte wolle man möglichst bis Mai 2019 umsetzen, die Übertragung auf die Beamten erfolge zum Sommer 2019. Im zweiten Quartal 2019 werde man die digitale Verzahnung von Personalverwaltung und Personalabrechnung (KoPers/Integriert) für die über 8.000 Beamtenfälle in der Landespolizei in Betrieb nehmen. Ziel sei, dass Daten nur einmal erfasst würden und dann allen Stellen digital zur Verfügung stünden. Außerdem solle KoPers das Einstellungsverfahren für die Nachwuchskräfte der Landespolizei ab August 2019 unterstützen (etwa 3.000 bis 3.500 Bewerbungen). Im Herbst 2019 wolle man mit dem Bildungsministerium in einen intensiven Praxistest zur Ablösung des PERLE-Verfahrens einsteigen, die 2020 geplant sei. Im vierten Quartal 2019 plane man auch die Erweiterung der Pilotierung bei der Landespolizei um die Tarifbeschäftigtenfälle (circa 1.000 Personen).

Die Staatssekretärin fasst zusammen: Ihre Maxime „Qualität vor Zeit“ habe sich bewährt. Es sei gelungen, die Produktion zu stabilisieren, Bezüge und Gehälter fristgerecht zu zahlen und die digitale Bearbeitung von Personalverwaltung und -abrechnung sukzessive auf den Weg zu bringen.

Abg. Raudies bittet das Finanzministerium, im schriftlichen Bericht die Entwicklung der Arbeitsrückstände des DLZP in den einzelnen Monaten darzustellen.

Abg. Nobis möchte wissen, wie viele Personen von dem Schnittstellenproblem zur VBL betroffen seien.

Abg. Habersaat begrüßt, dass die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des DLZP seit dem 1. April 2019 wieder telefonisch erreichbar seien, und fragt, wie viele Menschen sich üblicherweise telefonisch oder elektronisch mit Problemen an das DLZP wendeten und wie viele Menschen sich aktuell meldeten.

Abg. Harms fragt, wann die Landesbediensteten ihre Personaldaten und -abrechnungen selbst online abrufen könnten und wann sämtliche Daten aller Landesbediensteten elektronisch erfasst seien.

Herr Stöcker, Vertreter der Stabsstelle Dienstleistungszentrum Personal/Kooperatives Personalmanagement und Leiter der Allgemeinen Abteilung im Finanzministerium, antwortet unter Hinweis auf die Roadmap, die Realisierung der Self-Service-Elemente sei vorgesehen, nachdem KoPers/Integriert in allen Ressorts eingeführt worden sei (im Jahr 2022). Eine elektronische Übermittlung der Gehaltsmitteilungen sei problematisch, weil nicht alle Landesbediensteten einen eigenen Dienstanschluss hätten (zum Beispiel Lehrkräfte).

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, mahnt an, dass der Zeitplan von KoPers eingehalten werde, um die Wirtschaftlichkeit des Projekts nicht noch weiter zu verschlechtern. Außerdem bittet er um nähere Informationen zu Schnittstellenproblemen zu Landesbetrieben und dem Austritt eines Partnerlandes.

Staatssekretärin Dr. Schneider bestätigt, dass sich Bremen für einen anderen Weg entschieden habe. Schnittstellenprobleme führten dazu, dass Landesbetriebe aus technischen Gründen ihren Jahresabschluss nicht ordnungsgemäß vorlegen könnten.

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht von Staatssekretärin Dr. Schneider zur Kenntnis. Die Beratungen sollen auf der Grundlage des nächsten schriftlichen Sachstandsberichts am 6. Juni 2019 fortgesetzt werden.

### **3. Terminplanung im zweiten Halbjahr 2019**

Der Finanzausschuss bestätigt die Sitzungstermine im 2. Halbjahr.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Finanzausschuss, wie in der letzten Sitzung am 25. April 2019 vorbesprochen, am 27. Juni 2019, 10 Uhr, eine gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss zur wirtschaftlichen Situation des UKSH, [Drucksachen 19/1093](#) und 19/1128, durchzuführen.

Staatssekretärin Dr. Schneider und Abteilungsleiterin Reese-Cloosters weisen darauf hin, dass die Regierung angesichts der Komplexität der Thematik nicht zusagen könne, bis dahin alle Fragen abschließend geklärt zu haben.

#### **4. Information/Kennntnisnahme**

[Umdruck 19/2263](#) - Prüfung landwirtschaftlicher Betriebe  
[Umdruck 19/2281](#) - Ausbau der Kinderbetreuungsplätze  
[Umdruck 19/2284](#) - Sonderprogramm Hochschulsanierung  
vertraulicher [Umdruck 19/2286](#) - Steuereinzelfall

Die Punkte werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung, 9. Mai 2019, vertagt.

## 5. Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss wird am Plenardonnerstag, 16. Mai, 13:30 Uhr, über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung ([Drucksache 19/1433](#)) beraten, den der Landtag in der Mai-Tagung in erster und zweiter Lesung behandeln will.
- b) Der Vorsitzende spricht das zweite Aktenvorlagebegehren in Sachen Containererwerb an und moniert, dass kein Abgeordneter Einsicht in die Akten genommen habe, die die Landesregierung mit viel Aufwand über Monate zusammengestellt habe.

Abg. Harms bittet das Finanzministerium mitzuteilen, was die Aktenvorlage den Steuerzahler gekostet habe.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Thomas Rother  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer